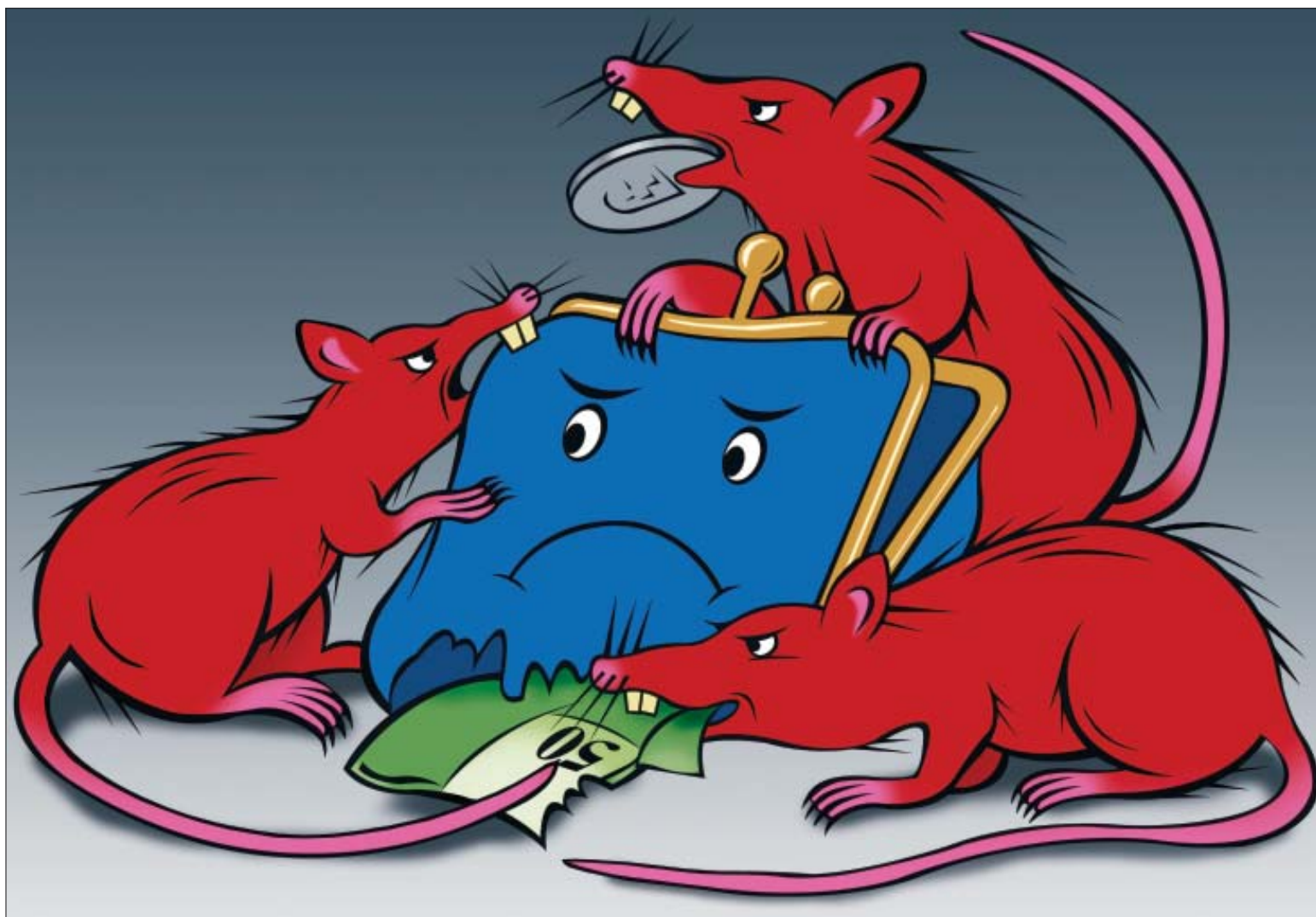


SVP *ja*

SVP
UDC
Die Zeitung des Mittelstandes

Wohlstand vermehren

Am 16. Mai werden entscheidende Weichen für die Zukunft der Schweiz gestellt. Die SVP kämpft für eine tiefe Steuerbelastung, damit unser Wohlstand auch in Zukunft erhalten bleibt und dazu noch vermehrt wird. Wir dürfen uns unsere Vorräte nicht auffressen lassen.

Seiten 3, 4, 5 und 7


Prämiensenkungsinitiative

Seite 6

Nach dem Scheitern der KVG-Revision bleibt die SVP-Initiative als einzige Alternative.

Referendum Mutterschaftsversicherung

Seite 8

Die SVP hat über 77'000 Unterschriften gegen die neue Sozialversicherung gesammelt.

Verwahrungsinitiative

Seite 10

Nach dem Ja des Volkes muss die Verwahrungsinitiative ohne Kompromisse umgesetzt werden.



Standpunkt

Wohlstand nicht auffressen lassen!

Die Volksabstimmung vom 16. Mai mit den drei Vorlagen Mehrwertsteuererhöhung, Steuersenkungspaket und 11. AHV-Revision ist für die Zukunft der Schweiz, ihrer Wirtschaftskraft und ihres Wohlstandes von grosser Bedeutung. Die Grundsatzfrage lautet: Wollen wir mehr Staat mit höheren Steuern, oder wollen wir mehr Freiheit dank einer tiefen Steuerbelastung?

Es geht also um eine klassische Links-Rechts-Auseinandersetzung. Die Rechte kämpft für eine tiefe Steuerbelastung, damit die Schweizerinnen und Schweizer in Freiheit und Eigenverantwortung entscheiden können, wofür sie ihr hart erarbeitetes Geld einsetzen wollen. Die Linke will dagegen ohne Rücksicht auf Verluste die Steuern erhöhen und ein Maximum an Sozialleistungen ausrichten. Dass sie dabei all jenen die Motivation nimmt, die mit eigener Arbeit am Wohlstand unseres Landes mitarbeiten, scheint ihr egal zu sein.

Die SVP hat die Ausgangslage für den 16. Mai mit ihrem Ratten-Plakat treffend dargestellt. Folgt das Volk der Linken, wird unser Wohlstand, der von früheren und heutigen Generationen aufgebaut wurde, in Gefahr kommen. Mit immer höheren Steuern und Sozialleistungen leben wir über unsere Verhältnisse und gleichen so einem Haushalt, dem die Ratten die Vorräte auffressen. Die SVP muss im Gegenteil dafür sorgen, dass es sich für jeden lohnt, Vorrat anzulegen und dieser nicht von Steuern, Gebühren und Abgaben aufgeessen wird.

Nur mit einem Nein zur Mehrwertsteuererhöhung, einem Ja zum Steuersenkungspaket und einem Ja zur 11. AHV-Revision stellen wir die Weichen für die Zukunft unseres Landes richtig. ◀

Nationalrat Ueli Maurer, Präsident SVP Schweiz

Nach Avanti-Nein muss Benzin billiger werden!

Nachdem sich das Volk am 8. Februar gegen eine verstärkte Strassenbautätigkeit ausgesprochen hat, ist eine Senkung der Steuerbelastung auf Benzin und Diesel die logische Folge. Das Volk darf nicht für Projekte zur Kasse gebeten werden, die es nicht realisieren will. Die SVP-Fraktion wird in der Frühlingssession einen entsprechenden Vorstoss einreichen.

Für jeden Liter Benzin zahlt man in der Schweiz knapp 84 Rappen Steuern, für Diesel knapp 87 Rappen. Davon sind 43 Rappen Mineralölsteuer (Diesel 46 Rappen) und 30 Rappen Mineralölsteuerzuschlag. Gemäss Bundesverfassung Artikel 86 werden die Hälfte der Mineralölsteuer, der Mineralölsteuerzuschlag und der Ertrag der Autobahnvignette für Aufgaben im Zusammenhang für den Strassenverkehr eingesetzt.

2004 werden so über 3.7 Milliarden zusammenkommen.

Im Budget sind Ausgaben von 3.6 Milliarden vorgesehen, so dass auch dieses Jahr wieder ein Überschuss anfallen wird. Zusammen mit den beträchtlichen Überschüssen aus früheren Jahren werden bis Ende 2004 im Strassenbaufonds mehr als 3.6 Milliarden Franken bereitliegen.

Nun hat es das Schweizer Volk an der Urne klar abgelehnt, den Ausbau des Strassennetzes und des öffentlichen Verkehrs in Agglomerationen zu forcieren. Demzufolge ist klar, dass die Mittel

aus den zweckgebundenen Steuereinnahmen, die für diese Projekte vorgesehen waren und vorhanden sind, nicht ausgegeben werden. Somit müssen sie den Steuerzahlern zurückgegeben werden.

Um den Überschuss von 3.6 Milliarden abzubauen, fordert die SVP die Senkung des Mineralölsteuerzuschlags. Die Erhebung dieser Zusatzsteuer zur Anhäufung von Reserven ist verfassungswidrig.

Der Auftrag in Art. 86 Abs. 4 der Bundesverfassung lautet:

„Reichen diese Mittel (Mineralölsteuer und Autobahnvignette, Anm. der Red.) nicht aus, so erhebt der Bund einen Zuschlag zur Verbrauchssteuer.“ Die Mittel reichen ganz klar aus, deshalb muss konsequenterweise die Steuer gesenkt werden. Durch eine Steuerreduktion von 12 Rappen pro Liter Benzin bzw. Diesel wird die auf Vorrat erhobene Steuer innert 5 Jahren abgebaut. ◀

Yves Bichsel,
Pressesprecher SVP

Warum sind Steuer- senkungen so wichtig?

Am 16. Mai stehen drei Vorlagen von enormer Bedeutung an. Neben der 11. AHV-Revision sind vor allem die beiden Steuervorlagen wichtig: Während das Steuersenkungspaket Entlastungen von rund 2 Mia. Franken bringt, würde die Mehrwertsteuererhöhung um 1,8% weit über 5 Mia. Franken neue Steuern bedeuten. Deshalb kämpft die SVP für das Steuersenkungspaket, während sie die MwSt-Erhöhung klar ablehnt.

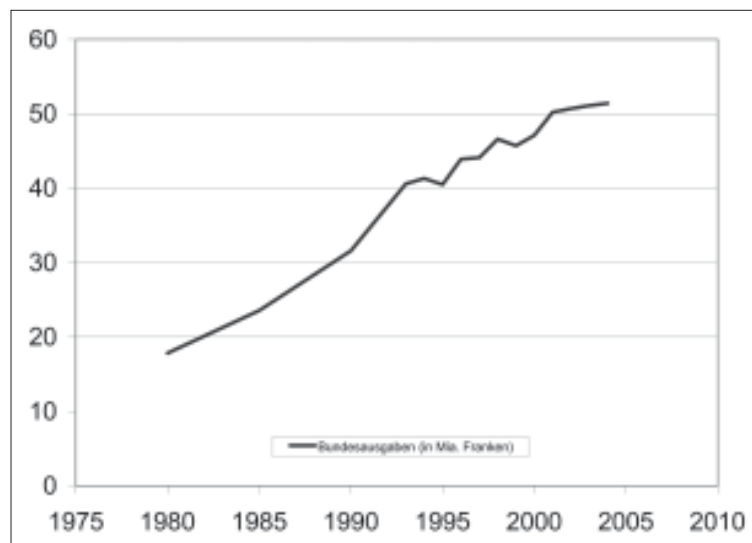
Die Konkurrenz für den Wirtschaftsstandort Schweiz ist spürbar härter geworden: Das Ausland strengt sich an. Wirtschaftsförderungsprogramme gehören hier genauso zu den „Revitalisierungsmitteln“ wie der erbitterte Kampf gegen den Finanzplatz Schweiz und das Bankkundengeheimnis. Faktum ist: Im internationalen Vergleich schmilzt der Vorsprung der Schweiz wie Schnee an der Sonne. Die Schweiz droht ins Mittelfeld abzufallen. Woher kommt das?

Desolate Finanzpolitik seit 1980

Die bedrängte Lage des Wirtschafts- und Werkplatzes Schweiz ist namentlich auf innenpolitische Fehler zurückzuführen: zu viele Gesetze, zu viele Auflagen, zu wenig unternehmerischen Spielraum. Zudem belastet die desolate Lage der öffentlichen Finanzen die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes. Seit 20 Jahren befindet sich die Schweizer Finanzpolitik im freien Fall: Die Ausgaben explodieren, die Steuerbelastung nimmt immer mehr zu, der Schuldenberg hat eine Rekordhöhe erreicht.

Unter Führung der Linken in allen Parteien sind die Staatsausgaben seit 1980 (17,8 Mia.

Franken) und 1990 (31,6 Mia. Franken) bis heute auf über 50 Mia. Franken angestiegen! Die Ausgaben haben sich also verdreifacht. Die Staatsquote hat entsprechend von 9,7% auf über 12% zugenommen. Ein Hauptfaktor für die immer schneller werdende Schuldenspirale sind die Sozialwerke.



Die Sozialausgaben haben von 1980 (3,6 Mia. Franken) und 1990 (6,9 Mia. Franken) auf 12,3 Mia. Franken (2000) zugenommen. Dieses Jahr werden die Sozialausgaben fast 14 Mia. Franken betragen. Wer soll das bezahlen?

Enorme Steuerbelastung

Alle neuen Staatsausgaben bedeuten mehr Steuern. Und

so hat auch die Belastung durch Steuern, Abgaben und Gebühren in den vergangenen Jahren enorm zugenommen. Die Steuern sind in der Schweiz im vergangenen Jahrzehnt mehr angestiegen als in jedem anderen vergleichbaren Industrieland. Zurzeit beträgt die Zwangsabgabenquote fast 60% - das heisst: Mehr als jeder zweite Franken muss dem Staat abgegeben werden.

Die Steuerbelastung ist sowohl ein wichtiger Faktor für die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes, aber auch für die persönliche Motivation jedes einzelnen, wirtschaftlich tätig zu werden. Wenn man mehr als die Hälfte seines Einkommens wieder abgeben muss, lohnt sich der Einsatz nicht.

Weniger Staatsaufgaben

Ein weiterer kostentreibender Faktor sind die neuen Staatsausgaben, welche das Parlament beschlossen hat. Kein Mensch weiss, warum der Bund Filmförderung betreiben muss oder für eine „Anschubfinanzierung“ von Kinderkrippen – eine typisch kommunale Aufgabe – zuständig sein soll. Auch „Schu-

len ans Netz“ ist keine Bundesaufgabe. Was jedoch klar ist: Die Kosten bewegen sich in Millionenhöhe. Zur Erledigung all dieser Aufgaben benötigt der Bund Personal. So wächst die Bundesverwaltung jedes Jahr um rund 1'000 Stellen. Die 35'000-Marke ist in Reichweite. Der Durchschnittslohn eines Bundesbeamten beträgt über 105'000 Franken. Das durchschnittliche Pensionierungsalter liegt bei 61 Jahren. Und wer bezahlt diesen Luxus? Natürlich der Steuerzahler.

Warum müssen wir die Steuern senken?

Die Rechnung ist einfach: Man muss dem Staat das Geld wegnehmen. Ohne eine drastische Verringerung der Bundeseinnahmen wird nie gespart werden. Wenn man jemandem 100 Franken und jemandem 50 Franken gibt, um damit zu arbeiten, dann sind die Folgen klar: Derjenige mit 50 Franken arbeitet billiger und kostenbewusster – und er setzt Prioritäten.

Wenn wir die Steuern senken, bleibt dem Einzelnen wieder mehr zum Leben. So hat jeder wieder mehr Geld für den Konsum; die Kaufkraft steigt. Auch den Unternehmungen und dem Gewerbe bleibt mehr Geld, das für Investitionen genutzt werden kann. Mehr Investitionen und eine höhere Kaufkraft: Dies führt zu wirtschaftlichem Aufschwung und Wachstum. Deshalb ist es so wichtig, im Hinblick auf den 16. Mai geschlossen für das Steuerpaket und gegen die MwSt-Erhöhung anzutreten.

Gregor A. Rutz,
Generalsekretär SVP

Steuersenkungspaket für Wirtschaftsaufschwung

Am 16. Mai stimmen wir über das Steuersenkungspaket ab, das die Steuerzahler jedes Jahr um über 2 Milliarden Franken entlasten wird. Die SVP setzt sich mit voller Kraft für diese Vorlage ein, die für das Wirtschaftswachstum von grosser Bedeutung ist.

Bereits vor 4 Jahren hat der Bundesrat den Grundsatzbeschluss gefasst, die Steuerbelastung in unserem Land zu senken. Nach der Durchführung eines Vernehmlassungsverfahrens, in dem sich die SVP bereits für eine weit reichende Entlastung eingesetzt hatte, verabschiedete die Regierung im Februar 2001 eine detaillierte Vorlage zu Händen des Parlamentes.

Bürgerlicher Schulterschluss

Die Beratungen in National- und Ständerat zogen sich über mehr als zwei Jahre hin. Nach zähen Verhandlungen fanden im Juni 2003 die Schlussabstimmungen statt. Während die bürgerlichen Parteien die Vorlage fast geschlossen unterstützten, lehnten SP und Grüne ab.

Das Steuersenkungspaket besteht aus drei Teilen: Einer Reform der Ehepaar- und Familienbesteuerung, einer Reform der Wohneigentumsbesteuerung und einer Reduktion der Umsatzabgabe. Der Bund rechnet mit einer Steuersenkung um rund 2 Milliarden Franken, wovon 1.5 Milliarden die Bundeskasse und 0.5 Milliarden die Kantone betreffen würden. Nicht mit eingerechnet sind hier aber die Effekte der Steuersenkung auf die Konjunktur, die sich auf die Steuereinnahmen positiv auswirken werden.

Das wichtigste Element des Pakets ist die Entlastung von

Ehepaaren und Familien. Heute besteht das Problem, dass Doppelverdiener-Ehepaare massiv mehr Steuern bezahlen als Konkubinatspaare. Diese Ungleichheit soll durch die Einführung des Teilsplittings ausgeglichen werden. Auch die Kantone werden verpflichtet, diesen Systemwechsel vorzunehmen.

Höhere Abzüge

Im Weiteren werden bei der direkten Bundessteuer neu ein persönlicher Abzug von 1'400 Fr. sowie Abzüge für Alleinstehende (11'000 Fr.), für Alleinerziehende (3 % des Reineinkommens) und für Kinderbetreuungskosten (7'000 Fr.) eingeführt. Der allgemeine Kinderabzug wird von 4'700 auf 9'300 Fr. erhöht. Krankenkassenprämien können in Zukunft vollständig abgezogen werden.

Insgesamt rechnet der Bund durch diese Massnahmen mit einem Rückgang der Steuerbelastung um 1.2 - 1.5 Milliarden ab dem Jahr 2005.

Förderung des Wohneigentums

Die Reform der Besteuerung des Wohneigentums erfüllt eine langjährige Forderung der SVP, nämlich die Abschaffung des Eigenmietwerts. Zum Ausgleich können Eigentümer Schuldzinsen und Unterhaltskosten nicht mehr im gleichen Ausmass abziehen wie heute. Es sollen nur noch Unterhaltskosten abge-

zogen werden können, die 4'000 Fr. pro Jahr übersteigen. Die Hypothekarzinsen können bei Ersterwerbenden während zehn Jahren abgezogen werden, in den ersten fünf Jahren 15'000 Fr. (für Verheiratete) bzw. 7'500 Fr. (für Alleinstehende). In den fünf folgenden Jahren nehmen diese Abzüge um je 20 % ab, bis sie zehn Jahre nach dem Erwerb ganz wegfallen. Der Systemwechsel wird zur Folge haben, dass die Hauseigentümer ihre Hypotheken zurückzahlen und nicht wie heute oft der Fall eine indirekte Amortisation über die 3. Säule vornehmen. Diese steuerbefreite Amortisation wird somit in Zukunft an Bedeutung verlieren, wodurch die Steuerausfälle abgedeckt werden.

Wer erstmals Wohneigentum errichten oder erwerben will und jünger als 45 Jahre ist, kann ausserdem während höchstens zehn Jahren jährlich 24'000 Fr. (für Verheiratete) bzw. die Hälfte für Alleinstehende steuerprivilegiert sparen.

Die Reform der Wohneigentumsbesteuerung wird sowohl für die direkte Bundessteuer als auch für die kantonalen Steuern spürbare Entlastungen bringen, jedoch erst 2008 in Kraft treten. Insgesamt werden die Entlastungen rund 500 Millionen betragen.

Im dritten Teil des Steuersenkungspaketes soll schliesslich eine im Dringlichkeitsrecht beschlossene Senkung der Umsatzabgabe, die bis 2005 beschränkt ist, in ordentliches Recht überführt werden. Es geht hier insbesondere um die generelle Befreiung von schweizerischen Anlagefonds und ausländischen institutionellen Anlegern, die ohne diese Entlastung ins-



► Nationalrat Bruno Zuppiger, Hinwil (ZH)

Ausland auszuweichen drohen.

Linke und Grüne haben Steuersenkungen seit jeher abgelehnt und daher das Referendum ergriffen. Leider haben sich zahlreiche bürgerliche Politiker aus den Kantonen, insbesondere aus den Exekutiven, dieser Haltung angeschlossen. Denken sie nicht an die belebende Wirkung der Steuersenkungen auf den Wirtschaftsplatz Schweiz? Beispiele aus anderen Staaten beweisen zur Genüge, dass Steuersenkungen der Wirtschaft positive Impulse geben und damit auch die Einnahmen des Staates und der Sozialversicherungen langfristig sichern.

Ja am 16. Mai

Mit dem Steuersenkungspaket wird der unselige Trend der letzten 15 Jahre gebrochen, die Steuern, Abgaben und Gebühren laufend zu erhöhen. Mit einer Senkung der Steuerbelastung können wir dafür sorgen, dass der Privatkonsum steigt, was zur Erholung der Wirtschaft beiträgt. Das Steuersenkungspaket verdient unsere volle Unterstützung. Den jahrelangen Anstrengungen unserer Partei kann mit einem Ja am 16. Mai endlich zum Durchbruch verholfen werden. ◀



MWSt-Erhöhung: Staat greift immer tiefer ins Portemonnaie

Bundesrat und Parlament wollen die Mehrwertsteuer um einen Viertel erhöhen, für Lebensmittel sogar um drei Viertel. Als einzige Partei kämpfte die SVP bisher gegen die Verschärfung der drückenden Steuerlast und für ein Nein zur Mehrwertsteuer-Vorlage am 16. Mai 2004.

Die Ausgaben für die IV und die AHV steigen laufend an. Die Invalidenversicherung verzeichnete 2002 Ausgaben von knapp 10 Milliarden Franken, was rund zweieinhalb Mal höher ist als 1990. Zurückzuführen ist diese Entwicklung auf eine unkontrollierte Zunahme der Anzahl IV-Renten. Heute sind über 5 % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter IV-Rentner, in gewissen Kantonen sind es an die 10 %! Es ist bekannt, dass viele IV-Renten ohne zwingende Notwendigkeit zugesprochen werden und sich im Umfeld der IV-Renanträge einträgliche Verbindungen unter sozialen Organisationen, Anwälten und Ärzten gebildet haben, die alle von der Allgemeinheit finanziert werden.

Statt auf die Missstände zu reagieren und Gegenmassnahmen einzuleiten, ist die Politik einmal mehr den Weg des geringsten Widerstandes gegangen. Man verschliesst die Augen vor den wahren Problemen und bittet die Steuerzahler zur Kasse.

AHV über Alternativen finanzieren

Auch bei der AHV steigen die Ausgaben laufend an. Für die Finanzierung des Zusatzaufwandes hat der Bundesrat alle Alternativen abgelehnt und einseitig auf Steuererhöhungen gesetzt. Der Ein-

satz des „überschüssigen“ Nationalbankgoldes für die AHV wurde abgelehnt, obwohl sich im Vorfeld der Abstimmung vom September 2002 (Goldinitiative) fast niemand dagegen aussprach, die AHV zumindest teilweise zu berücksichtigen. Weiter ist zu kritisieren, dass das Mehrwertsteuerprozent, das seit 1999 für die AHV erhoben wird, nicht wie den Stimmbürgern versprochen vollständig in die AHV fliesst, sondern zu rund einem Fünftel für die Bundeskasse zweckentfremdet wird. Die SVP hat aufgezeigt, dass mit dem Nationalbankgold und dem vollen Mehrwertsteuerprozent die Finanzierungsprobleme der AHV bis mindestens 2015 gelöst sind.

9,4 % Mehrwertsteuer?

Glücklicherweise sind die Steuersätze für die MWSt in der Verfassung verankert, so dass das Volk wenigstens darüber abstimmen kann, wie viele Steuern es zahlen will. Am 16. Mai wird an der Urne entschieden, ob der Steuersatz zur Finanzierung der IV um 0.8 % und zur Finanzierung der AHV um 1.0 % erhöht werden soll. Im Parlament haben SP, CVP und FDP die Steuererhöhung unterstützt. Die SVP lehnte als einzige grosse Partei ab. Unterdessen scheint es, dass die FDP auf einen vernünftigeren Weg gekommen ist, wobei erst

noch der Beschluss der Delegiertenversammlung abzuwarten ist.

Belastung wird fast verdoppelt

Die MWSt-Erhöhung beträgt für alle Bereiche 1.8 %. Der allgemeine Satz wird somit um einen Viertel von 7.6 % auf 9.4 % steigen, der Sondersatz für Beherbergungsleistungen (Tourismus) um die Hälfte von 3.6 % auf 5.4 % und der Sondersatz für Lebensmittel, Medikamente, Print-Medien, elektronische Medien, Kultur und Sport gar um drei Viertel von 2.4 % auf 4.2 %. Augerechnet bei Gütern des täglichen Bedarfs, deren Konsum unumgänglich ist und von dem Reich und Arm gleich betroffen ist, soll die Steuerbelastung fast verdoppelt werden. Dies dürfen wir unter keinen Umständen zulassen!

Einmal mehr ist die SP als selbst ernannte Partei der kleinen Leute völlig unglaubwürdig, da sie eine Steuer, welche die tiefen Einkommen stärker trifft als die hohen, massiv erhöhen will. Die Linken kümmern sich nicht um die Bedürfnisse und das Wohlergehen der Menschen, ihnen geht es nur darum, für den Staat das Maximum an Steuereinnahmen hereinzuholen.

Was die linken Steuererhöher und ihre so genannt bürgerlichen Verbündeten ebenfalls nicht bedacht haben, sind die Auswirkungen der Mehrwertsteuererhöhung auf die Teuerung. Steigen die Konsumsteuern, steigen in der Folge die Preise und die Teuerung wird angeheizt. Mit der Teuerung erhöhen sich auch die AHV- und IV-Renten, wie



► Nationalrat Christian Miesch, Titterten (BL)

dies über den Mischindex in den entsprechenden Gesetzen festgelegt ist. Damit steigen die Ausgaben der AHV und der IV wiederum an, da die Renten bei der AHV fast 100 % und bei der IV rund zwei Drittel der Gesamtausgaben ausmachen. Für die Finanzierungsprobleme der Sozialversicherungen ist die MWSt-Erhöhung nur eine Scheinlösung.

Wirtschaft sichert Sozialwerke

Bundesrat und Parlament machen es sich zu einfach, wenn sie die Probleme der Sozialversicherungen scheinbar elegant mit neuen Steuern lösen wollen, die man erst noch wenig spürt, da sie in ganz kleinen Häppchen erhoben werden. Höhere Steuern sind Gift für das Wirtschaftswachstum und für die Arbeitsplätze. Wir dürfen keinesfalls vergessen, dass eine gesunde Wirtschaft mit einem gesunden Wachstum der beste Garant für die Sicherung des Wohlstandes und damit auch für die Sozialversicherungen ist. ◀

Jetzt unterschreiben!
www.svp.ch

Mutlosigkeit und persönliche Animositäten im Parlament haben 2003 einmal mehr zur Verschiebung einer der wichtigsten Pendenzen im Land geführt, unter der grosse Teile der Bevölkerung leiden: Die KVG – Revision wurde erneut fallengelassen.

Die Revision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) wurde somit einmal mehr auf die lange Bank geschoben. Eine Ohrfeige für alle Versicherten im Land! Der zuständige Bundesrat liess ebenfalls sämtliche Hoffnung auf eine Wende schwinden – so kleinlaut wie im Verkünden der neuen Prämien erhöhungen haben wir ihn noch selten vernommen.

8 Jahre nach dem Inkrafttreten des KVG ist unser Gesundheitswesen kränker denn

je zuvor. 1 Jahr nach der Lancierung unserer Prämiensenkungsinitiative ist auch das Ergebnis der Sammlung noch überhaupt nicht befriedigend.

Was ist zu tun?

Mit der Prämiensenkungsinitiative hat die SVP Neuland betreten und zugleich ihr Gespür dafür bewiesen, was die Menschen in dem Lande bewegt. Viele Organisationen und Sympathisanten teilen unsere Auffassung der Lage

und gehen mit uns einig, dass endlich etwas getan werden muss – sind aber kaum zur tatkräftigen Unterstützung für die Initiative zu bewegen. Deshalb ist die Prämiensenkungsinitiative für die SVP mit noch mehr Aufwand und Einsatz verbunden, als das hervorragende Zustandebringen des Referendums gegen eine neue Mutterschaftsversicherung.

Dies darf uns aber nicht entmutigen. Die Wahlerfolge im vergangenen Jahr, unsere Positionierung in der Landesregierung, die uns damit übertragene Verantwortung wie auch die zu recht gestellte Forderung nach greifenden Lösungen bedeuten vor allem eines: Mehr Arbeit als je zuvor. Wir dürfen den Kropf im Gesundheitswesen nicht

weiter wuchern lassen. Wir müssen die Tür aufstossen zu einem tragbaren, ehrlichen System.

Ein Appell an Alle: Sammeln Sie jetzt noch Unterschriften für die Prämiensenkung – keine Verwandten und Bekannten dürfen ausgelassen, keine Veranstaltung und keine Standaktion darf versäumt werden! Es geht um das Anpacken des Themas, das für alle anderen ein ewiges Tabu ist. Zusammen wollen wir das Ziel bis Ende März erreichen: Die Senkung der Krankenkassenprämien und die Genesung unseres kranken Gesundheitswesens! ◀

Markus Zollinger
Generalsekretariat SVP

STADLER

Clevere Lösungen auf der Schiene

Damit Bahnfahrten Spass macht.

Stadler Bussnang AG
CH-9565 Bussnang
Telefon +41 (0)71 626 20 20
E-Mail stadler.bussnang@stadlerail.ch
www.stadlerail.com





Sicherung der AHV für kommende Generationen!

Die 11. AHV-Revision kann die AHV – und damit auch die Renten – in den kommenden Jahren sichern. Als unbestrittenermassen wichtigstes und am breitesten abgestütztes unserer Sozialwerke braucht die AHV auch besonderen Schutz und eine fein abgestimmte Zukunftsplanung. Mit einem JA am 16. Mai können Sie einer zukunftsfähigen AHV zum Durchbruch verhelfen.

Mit der Revision passen wir die AHV an finanzielle, wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen an. Genau diese Anpassungen haben unsere Nachbarländern nicht gemacht – mit dem Resultat, dass sowohl Deutschland, als auch Italien in einer der grössten Krisen im Bereich der Rentensicherheit stehen! Die SVP will mit einer ganzheitlichen Strategie die mittel- und langfristige Sicherung der AHV – in Verbindung mit den zwei anderen Säulen der Alterssicherung und der IV – erreichen! Diese Verpflichtung gegenüber zukünftigen Generationen müssen und wollen wir wahrnehmen.

AHV bewegt

Das Thema Alterssicherung bewegt die Schweiz – alle Generationen sind betroffen – ob Jung oder Erfahren! Scheint doch die Errungenschaft dieses wichtigsten Sozialwerkes als Symbol von Zusammenhalt und gegenseitiger Wertschätzung zwischen Arbeitenden und älteren Leuten. Nun ist diese Errungenschaft – aufgrund unsäglichler Ausbaugelüste linker Ideologen – ins Wanken geraten. Korrekturen sind dringend nötig, um auch in Zukunft auf eine starke, zuverlässige und für alle faire erste Säule bauen zu können.

Um was geht es?

Der Bundesrat hat im Jahr 2000 die Botschaft zur 11. AHV-Revision zuhanden der

eidgenössischen Räte verabschiedet. Hauptziele der Revision sind die mittel- und längerfristige finanzielle Sicherung der AHV. Die nach wie vor stetig ansteigende Lebenserwartung der ins Rentenalter gelangenden Bevölkerung entspricht einem natürlichen Ausbau der AHV. Deshalb gehört es zu einer verantwortungsvollen und langfristig orientierten Politik, das Rentenalter der Frauen auf 65 Jahre anzupassen, wie es seit langem für die Männer gilt.

bank und das volle – vom Volk auch so beschlossene – Mehrwertsteuerprozent, welches seit 1999 für die AHV erhoben wird, sind Garantien, dass bis mindestens 2015 die Renten ohne höhere Steuern gesichert werden können.

Die Vorlage wurde von beiden Räten in den Schlussabstimmungen vom 3. Oktober 2003 angenommen. Gegen diesen Beschluss haben die Linken und Gewerkschaften das Referendum ergriffen.



► Ja zur 11. AHV-Revision - damit der Generationenvertrag auch in Zukunft noch funktioniert!

Das bewährte Dreisäulensystem ist in seiner Grundstruktur flexibel und vertraut. Experimente sind hier fehl am Platz. Frühpensionierungen mit Kostenfolge für die AHV sind in dieser Situation für künftige Generation nicht bezahlbar! Die Nutzung der zur Verfügung stehenden Mittel der nicht mehr benötigten Goldreserven der National-

Die 11. AHV-Revision geht einen richtigen Weg. Eine Weichenstellung in der Sozialpolitik steht an. Einen fortlaufenden Ausbau wie in den letzten Jahren mit verordneten Mehreinnahmen können wir uns nicht mehr leisten. Eine massvolle und auf Eigenverantwortung basierende Ausgestaltung des gemeinnützlichen Netzwerkes ist der



► Nationalrat Jürg Stahl, Winterthur (ZH)

einzigste Weg. Es muss jetzt dringend dafür gesorgt werden, dass die aktive Generation Entlastungen erfährt und sie nicht weitere Abgabenlasten aufgebürdet bekommt.

Nachdem über vier Fünftel der erwerbsfähigen Frauen eine Anstellung haben, ist das Rentenalter 65 für alle und moderate Anpassungen mit sozialer Rücksichtnahme bei Hinterbliebenen vertretbar. Die Massnahmen der 11. AHV-Revision sind dieser gesellschaftlichen Entwicklung angepasst. Die gleichzeitig erfolgte Verbesserung im BVG mit einer tieferen Eintrittsschwelle ist in die Beurteilung mit einzubeziehen.

Zukunft als Ziel

Die Gegner der 11. AHV-Revision sind realitätsfremd und kämpfen – in Unkenntnis der Tatsachen – für eine falsche Ideologie! Damit die kommenden Generationen nicht einzig als Zahlende und Nichtprofitierende bluten müssen, ist die Weichenstellung mit einem JA zur AHV-Revision von zentraler und staatspolitischer Wichtigkeit. Als 36-jähriger Nationalrat bitte ich Sie – jünger oder älter als ich – um ein JA als Zeichen, dass die AHV zusammen mit den anderen Elementen unseres Systems Zukunft hat! ◀

Über 77'000 Unterschriften gesammelt!

(SVP) Das Referendum gegen die Mutterschaftsversicherung ist mit über 77'000 gesammelten Unterschriften ganz klar zustande gekommen. Angesichts der katastrophalen Situation unserer Sozialwerke ist es völlig verantwortungslos, die Leistungen weiter auszubauen.



► Die beglaubigten Unterschriften - fein säuberlich verpackt in 31 Kisten - warten auf die Übergabe an die Bundeskanzlei.

Die 100-tägige Referendumsfrist begann Anfang Oktober. Linke und staatsgläubige Wirtschaftsvertreter hatten im Parlament trotz Misere bei Krankenversicherung, IV und 2. Säule die Versicherungsvorlage zum weiteren Ausbau der Sozialleistungen durchgeboxt. Die SVP dagegen kämpft für mehr Eigenverantwortung und weniger Staat und beschloss daher bereits im Juni, das Referendum zu ergreifen.

Mit grossem Engagement haben zahlreiche SVP-Mitglieder Unterschriften gesammelt und die verlangte Anzahl von 50'000 Unterschriften weit übertroffen. Schliesslich kamen über 77'000 Unterschriften zusammen, von denen 72'000 beglaubigt bei der Bundeskanz-

lei eingereicht werden konnten. Für viele Unterschriften reichte zur Beglaubigung schlichtweg die Zeit nicht mehr.

Am meisten Unterschriften trug der Kanton Zürich (23'570) bei, gefolgt von Bern (10'719) und dem Aargau (7'693). Im Verhältnis zur Anzahl Stimmberechtigten sind es die Glarner, die am fleissigsten unterschrieben haben.

Grosses Echo im Volk

Das Referendum ist im Schweizer Volk auf ein grosses Echo gestossen. Hunderte haben sich spontan beim Generalsekretariat gemeldet

und Unterschriftenbogen bestellt. Für etliche Verwirrung sorgte die Verankerung der Mutterschaftsversicherung im Bundesgesetz über die Erwerbsersatzordnung für Dienstleistende in Armee, Zivildienst und Zivilschutz.

Offenbar versuchen die Initianten der Mutterschaftsversicherung, auf diesem Weg bürgerlichen Wählern den Sozialausbau schmackhaft zu machen. Die SVP verlangt daher vom Bundesrat, dass er auf dem Abstimmungsstempel und im Bundesbüchlein unmissverständlich zum Ausdruck bringt, dass es sich bei dieser Vorlage um eine Mutterschaftsversicherung handelt.



► Nationalrat Hans Fehr im Gespräch mit einem Medienvertreter

beit des Gewerbeverbandes zustande. Dieser hat unterdessen die Seiten gewechselt. Auch andere Wirtschafts-



► (v.l.n.r.) Nationalrat Hans Fehr (ZH); Kantonsrat Kurt Küng (SO); Nationalrat Ueli Maurer, Parteipräsident SVP; Grossrätin Angelika Zanolari (BS); Gregor A. Rutz, Generalsekretär SVP

SVP erstmals alleine

In der Vergangenheit hatte die SVP bei Referendumskampagnen stets auf die Unterstützung grosser Verbände zählen können. So kam das letzte Referendum gegen die Mutterschaftsversicherung vor rund 5 Jahren nur dank der Mitar-

verbände lassen sich lieber vom Staat bemuttern, als ihre Eigenverantwortung wahrzunehmen. Für die SVP ist dieses erste Referendum aus eigener Kraft der Beweis für die ihre Stärke. Bei der Abstimmung, die voraussichtlich im September stattfinden wird, erhält die SVP Gelegenheit, ihre Schlagkraft zu bestätigen. ◀



Wenn die Politik hinter der Technologie herhinkt...

Der Nationalrat wird sich in der Session mit der Regulierung eines Feldes befassen, in dem die Politik immer mehr hinter dem Fortschritt herhinkt: Das Radio und Fernsehen sowie das Fernmeldewesen oder die so genannte letzte Meile.

In diesen Bereichen zeigt sich immer deutlicher ein Graben zwischen der politischen Diskussion und der technologischen Realität. Die Bereiche sind heute bereits so verwoben, dass die Aufteilung in Radio- und Fernsehgesetz (RTVG) und Fernmeldegesetz (FMG) in dieser Form eigentlich kaum mehr Sinn macht. Das Parlament versucht diesem Aspekt nun immerhin dadurch Rechnung zu tragen, dass die beiden Gesetzesvorlagen in der gleichen Session traktandiert sind.

sche Entwicklung hemmt und allfällige Gewinne einer Liberalisierung wieder zunichte macht.

Cannabis-Freigabe noch nicht vom Tisch

Nachdem der Nationalrat unter dem Eindruck der bevorstehenden Wahlen nicht auf die Revision des Betäubungsmittelgesetzes und damit auch auf die Freigabe weicher Dro-

metik ist eine schlechte Idee aber noch nie besser geworden.

Wozu eine neue Staatsleitung?

Die Reform der Staatsleitung ist seit längerer Zeit auf der Traktandenliste der Räte. Dabei geht immer wieder vergessen, was der Ursprung der Idee ist. Es geht gar nicht um überlastete Bundesräte, wie immer wieder Glauben gemacht wird. Es geht vielmehr darum, dass bei einem EU-Beitritt – und der galt ja lange genug als strategisches Ziel der Regierung – die Bundesräte in ihrer Funktion als Minister die zahllosen Sitzungen in Brüssel gar nicht bewältigen könnten. Da zudem die Departemente so stark wuchsen, dass der Eindruck entstand, das bewährte System genüge auch organisatorisch nicht mehr, war die Mehrheit bald vom Handlungsbedarf überzeugt. Dies hat sich seit dem 10. Dezember 2003 geändert. Mit der historischen Bundesratswahl ist das strategische Ziel des EU-Beitritts vom Tisch und im Zentrum der Diskussionen steht weniger die Arbeitslast als vielmehr die Effizienz der Arbeit. Dies ist die Chance für echte Ver-

besserungen ohne Staatsleitungsreform. Zwar nicht nur aus diesen Gründen entstanden, so ist doch die Rückweisung der Staatsleitungsreform an den Bundesrat ein richtiger Schritt. Die Staatspolitische Kommission des Nationalrats, die diese Rückweisung beantragt, nennt als Auftrag u.a. eine Effizienzsteigerung der Verwaltung. Ob es dazu überhaupt eine Staatsleitungsreform braucht? Genügen nicht einfach der Wille und die Kraft von sieben Departementsvorstehern?

Rutschmann für Blocher

Nach der Wahl von Christoph Blocher in den Bundesrat rückt Hans Rutschmann aus Rafz (ZH) in den Nationalrat nach. Rutschmann ist Inhaber eines Architekturbüros. Er war lange Jahre im Gemeinderat und 1991-2002 Gemeindepräsident. Seit 1983 wirkte er auch im Kantonsrat und war 2001-2002 Kantonsratspräsident. Mit seiner Verteidigung am ersten Sessionstag wird die Fraktion wieder komplett in ihrer Stärke von 64 PS in Bern im Einsatz sein. ◀

Aliki M. Panayides,
stv. Generalsekretärin SVP

Die SVP-Fraktion zum 16. Mai:

- ▶ **JA zum Steuerpaket**
- ▶ **JA zur AHV-Revision**
- ▶ **NEIN zur MWSt-Erhöhung**

Verwunderung lösten indes die Nichteintretensanträge auf das FMG aus. Soll die letzte Meile plötzlich nicht mehr freigegeben werden, wurde mit Recht gefragt. Dem ist nicht so, aber die Anträge machen deutlich, dass die Revision in der vorliegenden Form nicht befriedigt.

Dabei sind die Gründe von linker Seite natürlich nicht dieselbe wie diejenigen der SVP: Die vorgeschlagene Revision des FMG wird aus Sicht der SVP einfach der Sache nicht gerecht und wird keine besseren Lösungen für die Versorgung bringen. Vielmehr wird primär eine neue Bürokratisierung die Folge sein, welche die technologi-

gen eingetreten ist, wird es nun im Ständerat spannend. Die Mehrheit der vorberatenden Kommission schlägt ihrem Rat vor, am Eintreten festzuhalten, dafür aber gewisse Änderungen an der Vorlage vorzunehmen.

Die SVP hält (möglicherweise im Gegensatz zu anderen Parteien) auch nach den Wahlen an ihrem Standpunkt fest, dass die Freigabe von Cannabis in eine völlig falsche Richtung geht und nicht nur neue Sucht-, sondern auch neue soziale Probleme schafft. Die ständerätliche Kommission meint, die Idee mit einer Verstärkung des Jugendschutzes und der Marktkontrolle attraktiver zu machen. Mit Kos-

Die Verwahrungsinitiative korrekt umsetzen

Wäre man den Initiantinnen der Verwahrungsinitiative früher entgegengekommen, hätte man nicht nur ihnen mühsame Arbeit erspart, sondern hätten Rechtsgelehrte die menschenrechtskonforme Einbettung der Anliegen im Strafgesetz vornehmen können. Diskussionen bezüglich der Umsetzung der Volksinitiative sind deshalb fehl am Platz.

Bekanntlich wurde am 8. Februar die Volksinitiative „Lebenslange Verwahrung für nicht therapierbare, extrem gefährliche Sexual- und Gewaltstraftäter“ mit 56,2 % Ja-Stimmen und von 21,5 Ständen angenommen. Das Volk will eine Abkehr von der bisherigen Täter-Orientiertheit. Vielmehr soll inskünftig der Schutz der Gesellschaft im Vordergrund stehen. Man ist zur Einsicht gekommen, dass der Schutz der Öffentlichkeit gegenüber jeglichem Versuch zur Resozialisierung mit Hafturlaub oder provisorischer Freilassung von schweren, nicht therapierbaren Gewalt- und Sexualstraftätern Vorrang haben muss.

Eine Lücke geschlossen

Sechs Jahre hat die Selbsthilfegruppe „Licht der Hoffnung / Gemeinsam gegen die Gewalt“ für die Initiative gekämpft. Der Gruppe gehören verschiedene Personen an, welche in der Vergangenheit persönlich von Gewaltverbrechen betroffen waren. Sie wollen verhindern, dass hochgefährliche Täter in die Freiheit oder in Hafturlaub entlassen werden, wo sie erneut Gewaltverbrechen, wie brutale Vergewaltigung, schwerste Misshandlungen, Mord oder Unzucht mit Kindern begehen können und weitere Kinder und Familien unsägliches Leid erfahren müssen. Die Initiative schliesst nun eine kleine aber eklatante Lücke

im Strafrecht, welche mit der Revision des Strafgesetzes leider nicht behoben wurde. Im Gegensatz zum neuen Strafrecht, welches auf alle Täter, die schwere Verbrechen begangen haben, anwendbar ist, bezieht sich die Initiative nur auf eine kleine Gruppe von ca. 30 - 50 extrem gefährlichen Gewalt- und Sexualtäter, die nicht therapierbar sind. Nur sie sollen lebenslanglich verwahrt werden.

Die Initiative ist erst die 14. von bisher 158 zur Abstimmung gelangten Volksinitiativen, welche vom Souverän gutgeheissen wurde. Der Erfolg ist umso grösser zu gewichten, als die Initiantinnen ihre Volksinitiative ohne finanzkräftige Organisation im Rücken auf die Beine gestellt und durchgezogen haben. Die Initiative wurde mit äusserst beeindruckenden 194'390 gültigen Unterschriften eingereicht.

Die Arroganz von Bundesbern

In der Rechtskommission des Nationalrates wollte man die Initiantinnen Glauben machen, das revidierte Strafrecht schütze die Gesellschaft besser vor gefährlichen Straftätern als ihre Initiative. Diese könne deshalb ohne weiteres zurückgezogen werden. Es wurde verkannt, dass die Initiative das zu Recht verschärfte Strafgesetz keineswegs ersetzt und konkurrenziert, sondern lediglich ergänzt. Ob-

wohl immer wieder betont wurde, die Initiative sei „Ausdruck berechtigter Sorge“, wurde man den Anliegen der Initiantinnen nicht gerecht. Richtigerweise wurde deshalb die Initiative nicht zurückgezogen. Auch im Parlament wurde versucht, die Initiative als gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstossend abzuwürgen. Dazu wurde jedoch vom Bundesrat in der Botschaft festgehalten, dass die Initiative zwar Berührungspunkte mit der EMRK habe, Konflikte mit den Menschenrechtsgarantien indes nicht bestünden. Schliesslich wurde die Initiative von Bundesrat und Parlament jedoch zur Ablehnung empfohlen. Insgesamt wurden die Initiantinnen in Bundesbern allzu lange nicht ernst genommen und wurde Ihnen mit Arroganz begegnet. Auch während dem Abstimmungskampf blickte man der Initiative ziemlich gelassen entgegen und war der Überzeugung, dass die Initiative bestimmt den Bach runtergehe.

Buchstabengetreu umsetzen

Doch das Volk hat anders entschieden und die Initiative muss nun - unter lautem Geschrei der Initiativgegner - umgesetzt werden. Wieder ertönt das Argument, die Initiative verstosse gegen die EMRK. Amnesty International ist aufgebracht, Psychiater



► Nationalrat Luzi Stamm, Baden (AG)

drohen, keine entsprechenden Beurteilungen vornehmen zu wollen. Zum Glück sind aber auch andere Stimmen zu hören, so etwa jene des St. Galler Staatsrechtlers Yvo Hangartner. Er vertritt die Meinung, dass die Verwahrungsinitiative nur scheinbar im Widerspruch zur Europäischen Menschenrechtskonvention stehe. Zudem seien die Bestimmungen der Initiative präzise wie ein Gesetz und deshalb unmittelbar anwendbar. Die Neuregelung stehe für die Praxis deshalb sofort in Kraft. Wie auch immer: Die Initiative lässt sich zweifelsohne menschenrechtskonform umsetzen.

Der Justizminister hat denn auch die korrekte Umsetzung der Initiative garantiert und die umgehende Einsetzung einer Arbeitsgruppe unter Einschluss der Initianten in Aussicht gestellt. Und nach all ihren negativen Erfahrungen mit der Politik sowie mit einem von Volk und Ständen abgesegneten Anliegen sind auch die Initiantinnen - wie bisher - stark genug, um zu garantieren, dass die lebenslangliche Verwahrung von extrem gefährlichen, nicht therapierbaren Sexual- und Gewaltstraftätern richtig umgesetzt und nicht durch das Gesetz verwässert wird. ◀

Finanzierbare und sozialere Alternativen zu Krippen und Horten

Fest steht: Zürcher Kinder haben zahlreiche «Tanten» und «Onkels», die sich sehr um das Wohlergehen der kleinen Bürgerinnen und Bürger kümmern. Gegen 80 interessierte Teilnehmende versammelten sich am Seminar der SVP Frauen Zürich. Ebenfalls anwesend waren einige Vertreterinnen der FDP, die den Workshop mitverfolgten und mitgestalteten.

Unsere Organisatorin, **Silvia Hofmann**, stellte in ihrem Einführungsreferat fest, dass wir heute Institutionen wie Krippen und Horte brauchen. Als bürgerliche Frauen sind wir im Gegensatz zu den Linken emanzipiert und wissen, dass dies gewisse gesellschaftliche Veränderungen mit sich bringt. Die Linken sind sich mit Unterstützung vom Sonntagsblick immer noch am emanzipieren, dies seit über 40 Jahren. Eigentlich sind sie darob zu bemitleiden. Wahrscheinlich warten sie darauf, dass das Kinderkriegen Männersache wird.

Die Referate

Kantonsrat **Lorenz Habicher** stellte in seinem Referat die Volksschule und Betreuung in der Stadt Zürich vor. Er beleuchtete vor allem die finanzielle Seite. Erschreckend ist, dass der Deckungsbeitrag der Horte im Jahr 2002 nur rund 18% aufwies!

Eliane Gautschi, Sonderlehrerin, legte unter dem Titel «Beziehungspläne statt Businesspläne» eine Grundlage vor, die auch bei der ausserfamiliären Betreuung unserer Kinder berücksichtigt werden sollte. Eine Studie löste in den USA den Aufbau von Programmen für die ausserfamiliäre Kindebetreuung aus, die wenig oder gar kein Geld kosten, da sie von der Bevölkerung ausgehen und auf Frei-

willigenarbeit basieren. Diese Programme sind: «Pflege-Grosseltern», «Grosser Bruder»/«Grosse Schwester», «Across-Ages», d.h. altersübergreifende Hilfe, und «Sisters-Friends» = Geschwisterliche Freunde. Alle diese Programme haben grossen Erfolg. Sie sind sicher kein Ersatz für Krippen, Horte oder Tagespflegefamilien, wären es aber wert, vermehrt auch bei uns ausprobiert zu werden.

Margrith Kohli, Präsidentin der Tagesmüttervereinigung Kt. ZH, spricht von der Suche nach angepassten Lösungen der familienexternen Kinderbetreuung und fordert in ihrem Referat, das Ziel einer Gesellschaft müsse sein, Kindern einen guten Start in ihre Zukunft zu geben, mit einer qualitativ guten Erziehung, Betreuung und Förderung. Dazu brauche es angepasste Lösungen und Angebote.

Gisela Beutler, Gemeinderätin Winterthur, sprach zum Thema «Förderung der privat organisierten Tagesfamilie». In den letzten Jahrzehnten hat ein fundamentaler gesellschaftlicher Wandel stattgefunden, der ganz besonders die Familie im Kern getroffen hat. Diese Entwicklung hat enorme Auswirkungen. Soziale Probleme, welche früher in der Familie aufgefangen worden sind, müssen heute oft von der Gesellschaft gelöst werden. Familienexterne Kin-

derbetreuung sollte auf staatlicher Basis vor allem den Müttern zur Verfügung stehen, die gezwungen sind zu arbeiten. Der Sozialtarif sollte nur für Bedürftige bestehen. Nichtbedürftige haben die Leistungen von Krippen und Horten angemessen zu bezahlen. Personen mit hohem Einkommen sollten die externen Kinderbetreuungskosten selber bezahlen, während von Personen mit tieferem Einkommen nur ein verhältnismässiger Anteil verlangt wird.

Filippo Leutenegger, Nationalrat FDP, bestätigte, dass ausserhäusliche Betreuung für Kinder nützlich ist. Als Auslandschweizer in Rom aufgewachsen, hat er da die Schweizerschule besucht, in der die Kinder ganztags betreut wurden. Das System lässt sich allerdings nicht mit der Schweiz vergleichen, vor allem nicht mit der Deutschschweiz. Die Betreuungssysteme sind kantonal geregelt, aber nicht national abgesichert. Die Staatsquote wird laufend erhöht. Es ist schwierig, geeignete Örtlichkeiten zu finden. Krippen und Horte können kaum bestehen ohne permanente Subventionierung. Die Leute sind wohl bereit, in einem Verein mitzumachen und Beiträge zu bezahlen, aber bei Krippe und Hort sieht es ganz anders aus. Es muss eine Umkehr des Denkens stattfinden: **Der Staat soll nicht allgemein, nach dem Giesskannenprinzip, Leistungen erbringen, sondern nur dort, wo die Nutzer einer Institution nicht bezahlen können.**

Keine Mehrbelastungen

Zu den vier Themen: «Vorschriften/Reglementierung



► Anita Nideröst

gen reduzieren», «Privataktivitäten fördern», «Zukunftsorientierte Alternativvorschläge» und «Welche Betreuung brauchen Schüler/innen» wurden Gruppen gebildet, rege darüber diskutiert und bearbeitet. Dabei ist ein ansehnliches Resultat mit vielen guten und umsetzbaren Ideen zusammengekommen. Wichtig dabei ist, dass der Staat nicht mehr belastet werden soll.

Das wollen die SVP-Frauen

- Dachverband für ausserhäusliche Kinderbetreuung gründen.
- Reglementierung und Kontrolle der Krippen/Horte laufen über den Dachverband.
- Privat geführte Krippen und Horte fördern.
- Unterstützungsbeiträge nur an nachweisbare Fälle, direkt vom Sozialamt.
- Weg von staatlich geführter Kinderbetreuung mit teuren Fachpersonen (Privatisieren)
- Mehr Plätze für Kinder von 0 - 5 Jahre schaffen, indem Reglementierungen/Vorschriften reduziert werden.
- Senioren und grössere Jugendliche vermehrt einbeziehen als «Ersatzgrosseltern» oder «grosser Bruder/grosse Schwester», via Dachverband zu steuern
- Zukünftige Eltern in der Familienplanung unterstützen
- Eigeninitiativen fördern und die Wertschätzung der Mütter höher stellen. ◀

SVP fordert PUK zum Departement Leuenberger

(SVP) Immer neue Enthüllungen in den Medien machen es deutlich: Im UVEK herrscht das nackte Chaos. Verantwortungen werden nicht wahrgenommen, mit dem Geld wird unsorgfältig umgegangen und wichtige Informationen werden zurückgehalten. Die SVP fordert deshalb, mit einer Parlamentarischen Untersuchungskommission PUK, Licht in den UVEK-Dschungel zu bringen.



► Bundesrat Leuenberger und sein Departement geraten unter Druck...

Im Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation läuft es seit Jahren nicht wie es sollte. Verschiedene Bereiche des Departements sind ins schiefe Licht geraten. Das Vertrauen ist weg.

Chaos im BAZL

So machte das Bundesamt für Zivilluftfahrt BAZL immer wieder mit negativen Schlagzeilen auf sich aufmerksam. Sei es die mangelhafte Über-

prüfung der Bücher und als Folge die nicht gerechtfertigte Konzessionserteilung an die Swissair, sei es seine Rolle bei der mangelnden Gewährleistung der Verkehrssicherheit in der Luft (Überprüfung der Fluggesellschaften und der Skyguide), sei es die Verfilzung mit Fluggesellschaften oder seien es personelle Probleme: stets stand das BAZL und damit der verantwortliche Departementschef in schlechtem Licht da. Noch im März 03 hatte der

Bundesrat auf eine Frage der SVP nach genügenden Personalressourcen im BAZL geantwortet, er habe alles im Griff. Heute will der Amtsdirektor einen Nachtragskredit für mehr Personal beantragen.

Mangelnder Einsatz für Kloten

Das Dossier „Anflugverfahren auf den Flughafen Zürich-Kloten und Verhandlungsführung mit Deutschland“ ist ein weiteres Trauerspiel. Die Interessen der Schweiz wurden nicht vertreten und dem Flughafen durch die nachgiebige Haltung und die fehlende Bereitschaft, für gute Rahmenbedingungen zu kämpfen, die weitere Entwicklung blockiert. Das Diktat aus Berlin wurde ohne Reaktion akzeptiert, was das Ausland zu weiteren Druckversuchen geradezu einlädt.

In den letzten Wochen und Monaten ist das Finanz- und Vertrauensproblem der NEAT dazugekommen. Es ist völlig offensichtlich, dass das Dossier NEAT dilettantisch geführt wird. Wie sonst hätte es zur gegenseitigen und höchst peinlichen Schuldzuweisung der verschiedenen Akteure kommen können?

Die schlechte Führung dieses Geschäfts bringt das ganze Projekt in Gefahr. Die für geologische Probleme gedachten Reserven wurden für Projekterweiterungen verplant. Auch die faktische Geiselnahme von SBB-Rollmaterial durch Gewerkschafter für ihre Abstimmungspropaganda vor der Avanti-Abstimmung wirft ein schlechtes Licht auf das Departement, das die politische Verantwortung für derartige Vorfälle trägt.

Die SVP will nicht warten, bis noch mehr Schaden angerichtet ist. Wo der Bundesrat wiederholt und in krasser Weise seiner Verantwortung nicht nachkommt, muss das Parlament handeln. Die SVP-Fraktion wird deshalb in der kommenden Session mit einem parlamentarischen Vorstoss aktiv werden. ◀

Impressum SVPja

**Herausgegeben von der
Stiftung SVP-Parteizeitung**

Anzeigenverwaltung:

Postadresse:

Abonnementspreise:

Bankverbindung:

Druck:

Adressänderungen:

Erscheint 12 Mal im Jahr

Simon Glauser, Tel 031 300 58 53, Fax 031 300 58 59, svpja@svp.ch

Generalsekretariat SVP, Brückfeldstr. 18, Postfach, 3000 Bern 26
Tel 031 300 58 58, Fax 031 300 58 59, svpja@svp.ch

Jahresabonnement für Nicht-Parteimitglieder 35.-
Parteimitgliedern wird die Zeitung gratis zugestellt.

Stiftung SVPja, UBS Bern-Länggasse, PC 30-35-9

Verlag Zofinger Tagblatt, Henzmannstr. 18, 4800 Zofingen
Tel. 062 745 93 93, Fax 062 745 93 49

siehe Adresse "Druck"

Verantwortlich für die Redaktion:
Dr. Yves Bichsel

Kurzmeldungen

Neben der Abstimmung zu den drei eidgenössischen Vorlagen fanden am 8. Februar 2004 in verschiedenen Kantonen und Gemeinden Wahlen statt:



Wie schon bei den Nationalratswahlen war im **Thurgau** auch bei den Regierungsratswahlen die SVP klare Nummer 1. Die beiden Bisherigen Roland Eberle und Hans Peter Ruprecht erzielten mit 35'170 bzw. 33'659 Stimmen ein Spitzenresultat und wurden völlig unbestritten wieder gewählt.



(Noch?) nicht ganz so gut lief es der SVP im Kanton **Glarus**. Nach dem Rücktritt des CVP-Regierungsrates Rudolf Gisler kam der Näfeler SVP-Landrat und Fraktionspräsident Martin Landolt bei den Ersatzwahlen auf den zweiten Platz. Mit 3606 Stimmen lag er knapp hinter dem CVP-Kandidaten Rolf Widmer (3718 Stimme). Der zweite Wahlgang findet am 22. Februar und nach Redaktionsschluss des *SVPja* statt.



Die SVP **Appenzell Ausserrhoden** blieb bei den Ständeratswahlen, die nach dem Einzug von Hans-Rudolf Merz in den Bundesrat nötig wurden, ohne Erfolg. Alt Nationalrat Jakob Freund erzielte das drittbeste Resultat und tritt nicht mehr zum zweiten Wahlgang an. Zwar schnitt Freund fast in der Hälfte aller Gemeinden am besten ab, doch reichte es insbesondere im Kantonshauptort Herisau nicht für ein Spitzenresultat.



In den Gemeindewahlen im Kanton **Baselland** konnte die SVP ihre Position weiter verstärken. In den 5 Einwohnerräten (Parlamenten) von Allschwil, Binningen, Liestal, Pratteln und Reinach gewann die SVP auf Kosten von FDP und CVP insgesamt 10 Sitze dazu und kommt neu auf 40 von total 200 Sitzen. Sie ist damit drittstärkste Kraft. Mit einem hervorragenden Resultat wurde in Reinach Dominik Schneider, wissenschaftlicher Mitarbeiter im SVP-Generalsekretariat, im Amt bestätigt.

Schwefelfreie Treibstoffe –



ein weiterer Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz

Tatbeweis der Erdölwirtschaft

Mit der Einführung schwefelfreier Treibstoffe leistet die schweizerische Erdölwirtschaft ihren Beitrag zugunsten einer klima- und umweltschonenden Mobilität. Seit dem 1. Januar 2004 produziert und importiert die Branche fast ausschliesslich schwefelfreies Benzin und Dieselöl. Nach dem Umschlag bestehender Lager der alten Qualitäten werden die schwefelfreien Treibstoffe an den Tankstellen zur Verfügung stehen.

Fortschrittliche Technologien

Schwefelfreie Treibstoffe erlauben den Einsatz fortschrittlicher Filter- und Motortechnologien und helfen mit, den Schadstoffausstoss stark zu reduzieren. So profitieren auch die sparsamen Dieselmotoren vom schwefelfreien Diesel, da er den optimalen Betrieb moderner Partikelfilter erlaubt.

Weniger Schadstoffe

Der Einsatz schwefelfreier Treibstoffe ermöglicht eine weitere drastische Senkung der Luftschadstoffe. Moderne Stickoxid-Katalysatoren und Partikelfilter benötigen schwefelfreie Treibstoffe, um optimal zu wirken. Übrigens funktionieren auch ältere Fahrzeuge problemlos mit den neuen schwefelfreien Treibstoffen und stossen weniger Luftschadstoffe aus.



Das Volk soll das letzte Wort haben

Nach der im Kanton Thurgau gültigen gesetzlichen Regelung beschliesst die Gemeinde in geheimer Abstimmung über die Erteilung des Gemeindebürgerrechts.

Über Gemeindebürgerrechtsgesuche wird in der Praxis entweder an der Gemeindeversammlung oder im Gemeindeparlament entschieden. Nun hat das Thurgauer Verwaltungsgericht in einem Entscheid anfangs Februar 2004 entschieden, dass das Departement für Justiz und Sicherheit eine Einbürgerung nicht einfach an Stelle der Gemeinde vornehmen darf. Dies ist erfreulich.

Es bleiben aber immer noch viele Fragen offen. Wie detailliert muss eine Begründung sein, wenn Parlamente oder Gemeindeversammlungen eine Kandidatin oder einen Kandidaten ablehnen? Handelt es sich bei ablehnenden

Argumenten von einzelnen Bürgern an einer Gemeindeversammlung um juristische Begründungen? Kann die Begründung eines Einbürgerungsentscheides nachträglich durch die Behörden abgegeben werden? Wie kann die Autonomie und das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden am besten gewahrt werden? Auf diese Fragen gaben das Bundesgericht und das Verwaltungsgericht keine Antworten. Die Beantwortung dieser und weiterer Fragen, welche die Grundfesten unserer direkten Demokratie betreffen, ist vielmehr Aufgabe der Politik.

Im Grossen Rat setzte ich mich mit einer Motion na-

mens der SVP-Fraktion im Sommer 2003 dafür ein, dass die Thurgauer Regierung den Bundesbehörden ein Begehren zur Ergänzung der Bundesverfassung einreicht. Danach sollen die Stimmberechtigten jeder Gemeinde in der Gemeindeordnung festlegen können, welches Organ das Gemeindebürgerrecht erteilt. Der Entscheid dieses Organs über die Erteilung des Gemeindebürgerrechts soll endgültig sein. So bleibt das demokratische Mitbestimmungsrecht des Volkes in der Einbürgerungsfrage bestehen und die Autonomie der Gemeinden gewahrt. Der Entscheid des Kantonsparlaments, ob es die Motion erheblich erklären will, steht noch aus.

Ich bin der festen Überzeugung, dass das Volk durchaus in der Lage ist, willkürfrei über Einbürgerungen zu entscheiden. Beispiele in ande-



► Der Motionär, Kantonsrat Marcel Schenker, Homburg, stellt sich bei den Kantonsratswahlen vom 28. März 2004 zur Wiederwahl

ren Kantonen zeigen zudem, dass eine Behörde weder seriöser noch fundierter entscheidet als das Stimmvolk. Ich werde weiterhin dafür kämpfen, dass bei einer so wichtigen Frage wie der Erteilung des Bürgerrechts das Volk und nicht Gerichte das letzte Wort haben wird. ◀

Online-Bestellung auf www.svp.ch

Bestellung SVP Shop



SVP Polo-Shirts:

Die Geschenk-Idee!

..... Expl. Polo-Shirt	dunkelblau	Grösse	(S, M, L, XL, XXL)	Fr. 40.--
..... Expl. Polo-Shirt	weiss	Grösse	(S, M, L, XL, XXL)	Fr. 40.--
..... Expl. Post-it	Block à 50 Blatt			Fr. 2.--
..... Expl. Offiziersmesser	Original Victorinox			Fr. 20.--
..... Expl. Kleber	Bogen à 35 Kleber			Fr. 6.--
..... Expl. Jass	deutschschweizer Karten	franz. Karten		Fr. 3.--
..... Expl. Ballone	Sack à 50 Stück			Fr. 40.--
..... Expl. Kugelschreiber				Fr. 2.50
..... Expl. Feuerzeug	nachfüllbar			Fr. 5.--
..... Expl. Tischtuchrolle	PVC, 1 x 100 m			Fr. 100.--



Name Vorname

Adresse PLZ/Ort

Telefon Mail

Ort Datum Unterschrift

Bitte Talon einsenden an: Generalsekretariat SVP, Postfach, 3000 Bern 26, per Fax an 031 300 58 59 oder Mail gs@svp.ch



Damit sich Leistung wieder lohnt!

Das Wirtschaftswachstum im Kanton Bern soll gezielt angekurbelt werden. Erreichen will der Regierungsrat dies mit ins gesamt 17 Massnahmen im Bildungsbereich, in der Raumordnung und in der Verkehrsinfrastruktur.

„Bern entschulden – Wirtschaftswachstum fördern – nachhaltige Entwicklung anstreben“: Dieser Maxime bleibt die Regierung treu. Mit einer Wachstumsstrategie sollen der Volkswirtschaft Impulse für die kommenden 10 bis 20 Jahre gegeben werden. Dabei wird eine Wirtschaftspolitik bevorzugt, die auf die bestehenden Stärken des Kantons setzt und nicht in übertriebenen Aktivismus ausartet. Quasi eine Politik der kleinen Schritte. Verzichtet wird auf einen grossen Wurf, der erstens Risiken beinhaltet und zweitens zum vornherein im politischen Prozess zum Scheitern verurteilt ist.

Die Strategie, betitelt mit „Stärken und Potenziale entwickeln“, ist aus dem Zusammenzug mehrerer Szenarien entstanden. Für die Wirtschaftsstrategie des Kantons Bern wurden ein Referenzszenario und drei Zielszenarien ausgearbeitet. Das Referenzszenario stützt sich auf die bestehende Politik. Beim Zielszenario „Wirtschaftsstandort stärken“ man das Schwergewicht auf die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen. Als attraktiver Wohnstandort mit hoher Lebensqualität sieht das dritte Szenario „Wohnstandort stärken“ den Kanon Bern. Am radikalsten skizziert das vierte Szenario die Zukunft. „Auf wenige Kernaufgaben konzentrieren“ hiesse einen starken Abbau der zurzeit rund 11 Milliarden Schulden, würde aber auch eine starke Aufgabenreduktion bedingen.

Gleichzeitig gäbe das eine erhebliche Steuersenkung. Eine erste Konsultation in der Verwaltung und bei den politischen Fraktionen des Grossen Rates zeigte, dass einzig die Kombination der Szenarien zum Ziel führt.

Kernpunkte des künftigen volkswirtschaftlichen bernischen Weges sind:

► Die Stärkung des Kantons als Wirtschaftsstandort entlang seinen Hauptverkehrsachsen Bern-Burgdorf-Langenthal sowie Thun-Bern-Biel. Dort wo schon heute das grösste Wirtschaftspotenzial zu finden ist. In den Agglomerationen Bern, Thun, Biel und Burgdorf ist dabei der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur wichtig.

► Dem Bevölkerungsschwund will man mit Entwicklungsschwerpunkten fürs Wohnen begegnen. 50'000 zusätzliche Einwohner dank zentrumsnahen Wohnzonen sind das Ziel. In „ausgewählten Zielmärkten“ sollen Marketing- und Promotionsaktivitäten gemacht werden.

► Offen lässt der Strategiebericht, wie die weitere Leistungskonzentration im staatlichen Bereich aussehen soll. Damit sollen Schulden abgebaut werden, um Steuersenkungen möglich zu machen.

► Universität und Fachhochschule sollen Anreize erhalten, so dass die Zahl der ausserkantonalen und ausländischen Studierenden gesteigert wird.

Angeregt wird eine Konzentration der Studienangebote im Fachhochschulbereich. Tertiäre Bildung soll zum Wirtschaftsfaktor und Exportprodukt werden.

► Sogenannte Key-Account-Manager sollen den Unternehmen wie auch „wohlhabenden Neuzuzügern“ als Türöffner in der Verwaltung helfen. Im Bereich Verfahren und Vorschriften sollen kleinere Bauprojekte automatisch bewilligt sein, sofern die Gemeinde innert einer Frist nicht Einsprache erhebt. Kommunale Bauvorschriften will man angleichen.

Taten statt Worte

Die Wachstumsstrategie steht im April auf der Traktandenliste des bernischen Kantonsparlaments. Die Kantonsregierung setzt richtigerweise auf eine KMU-orientierte Politik. Die städtischen Zentren werden gestärkt, ohne dass man die ländlichen Gebiete abkoppelt und vernachlässigt. In der Diskussion um die Wirtschaftsstrategie zeigte sich, dass Verzicht auf einen Gegenvorschlag zur Steuersenkungsinitiative (diese will die kantonalen Steuern nach der Rasenmähermethode durchs Band um 10% senken) als unglücklich empfunden wird. Die Regierung hat in diesem Punkt die politische Führung nicht wahrgenommen. Nun wird wohl der Grosse Rat korrigierend eingreifen.

Wichtig ist der SVP-Kanton Bern, dass es nicht bei hehren Worten bleibt, sondern dass konkrete Taten folgen. Vor zwei Jahren ist das bürgerliche Quintett mit dem Versprechen den Kanton zu ent-



► Christoph Neuhaus, lic.rer.pol., Geschäftsführer SVP Kanton Bern

schulden, angetreten und auch gewählt worden. Dieses Versprechen gilt es konsequent umzusetzen. Oder wie Volkswirtschaftsdirektorin Elisabeth Zölch (SVP) mit andern Worten richtig sagt: „Der Staat kann Wirtschaftswachstum nicht verordnen. Aber wer eine Leistung erbringt und mit Investitionen Risiken eingeht, muss vermehrt Gewähr haben, dass er dafür belohnt und nicht behindert wird.“

Der vollständige Bericht *Weiterentwicklung der Wachstumsstrategie* ist zu finden unter www.vol.be.ch

Am Anfang jeder starken Werbung steht das Inserat!
Inseratetarif 2004 auf www.svp.ch

Inserat
Erfolg ist planbar. Wie? Die Gratisbroschüre „Das Erfolgsgeheimnis“ gibt Auskunft. Sofort anfordern! Von Hans Müller, Heimatweg 1, 5040 Schöftland



Schnelle Umsetzung des Volkswillens

Am 8. Februar haben die Schweizerinnen und Schweizer der lebenslangen Verwahrung schwerer Gewaltverbrecher zugestimmt. Damit hat sich eine Volksinitiative gegen alle Parteien mit Ausnahme der SVP durchsetzen können. Als Parlamentarier habe ich die Verwahrungsinitiative seinerzeit unterstützt. Als neuer Vorsitzender des Justiz- und Polizeidepartementes musste ich den Gegenstandpunkt vertreten. In der gleichen Funktion werde ich nun alles daran setzen, dass dem Volkswillen möglichst rasch und so weit wie möglich entsprochen wird.

Der Fahrplan steht. Bis zum Sommer soll ein entsprechender Gesetzesentwurf vorliegen. An den Vorarbeiten sind die Vertreterinnen und Vertreter der Initiative ausdrücklich eingeladen mitzuwirken. Dabei haben wir uns primär am Volksentscheid zu orientieren. Natürlich soll die europäische Menschenrechtskonvention eingehalten werden. Aber ich bin der Überzeugung, dass eine angenommene Volksinitiative nicht einfach unter den Tisch geschoben werden darf. Nun gilt es aber, beides unter einen Hut zu bringen. Das deutliche Abstimmungsergebnis zu dieser Volksinitiative ist die Reaktion auf unsere allzu täterfreundliche Gerichts- und Strafvollzugspraxis. Es gilt, wieder den Schutz der Bevölkerung als erste Priorität zu erkennen.

Bundesrat Christoph Blocher

Gelenkte oder direkte Demokratie?

Eine Mehrheit des Bundesrates hat kürzlich entschieden, dass sich die Landesregierung „vor Urnengängen weiterhin engagieren“ will.

Laut Bundespräsident Deiss hat der Bundesrat nicht nur das Recht sondern die „Pflicht, sich aktiv an Abstimmungskämpfen zu beteiligen“. Die „Teilnahme an propagandartigen Kampagnen“ sei jedoch „nicht die Aufgabe der Regierung“ stellt Deiss immerhin fest.

Zwischen diesen Zeilen wird klar, dass im Bundesrat eine intensive Diskussion stattgefunden hat und dass sich Bundesrat Christoph Blocher teilweise durchgesetzt hat. Denn bisher sind Bundesrat und Verwaltung immer wieder als „Partei“ aufgetreten und haben mit Millionen von Steuerfranken Abstimmungskämpfe geführt. Damit wurden die freie, demokratische Meinungsbildung, die direkte Demokratie und die Gewalt-

trennung völlig missachtet.

So wurden beispielsweise für die UNO-Beitrittsinitiative verwaltungsintern Unterschriften gesammelt und Leserbriefe produziert; zudem hat der Bundesrat zwei Millionen Steuerfranken für die Abstimmungspropaganda missbraucht. Der damalige Ausserminister Deiss hat sein Departement im Hinblick auf die UNO-Abstimmung kurzerhand in ein UNO-Propagandaministerium umfunktioniert. In der Bundesverwaltung wuchert zudem ein Propagandaapparat unglaublichen Ausmasses: Rund 300 Vollzeit-Angestellte betreiben so genannte Öffentlichkeitsarbeit als Pressesprecher, Broschürentexter, Webmaster und Kommunikatoren; die Aufwendungen belaufen sich auf

über 80 Millionen Franken pro Jahr.

Der Gesamtbundesrat muss zwingend auf seinen Auftrag als „ausführende Behörde“ verpflichtet werden. Er hat vor Abstimmungen über eigene Vorlagen, über jene der gesetzgebenden Behörde (Parlament) sowie über Volksinitiativen und Referenden keinerlei Abstimmungspropaganda zu betreiben sondern sachlich zu informieren. Das heisst: Der Bundesrat orientiert über den Inhalt der Vorlage (Worum geht es? Was spricht dafür? Was spricht dagegen?). Und zweitens orientiert das zuständige Bundesratsmitglied die Öffentlichkeit über die Haltung des Gesamtbundesrates und über die wesentlichen Gründe dafür. Die persönliche Haltung des einzelnen Bundesrates interessiert dabei nicht. Der Bundesrat hat, aus Respekt vor der direkten Demokratie, grösste Zurückhaltung zu üben. Bundesrat Blocher



► **NR Hans Fehr, Eglisau (ZH)**

hat bei der „Verwahrungsinitiative“ gezeigt, wie dies zu machen ist.

Sofern der Bundesrat seine Abstimmungspropaganda nicht stoppt, wird die SVP (weitere) parlamentarische Vorstösse einreichen und nötigenfalls eine Volksinitiative lancieren. In unserer Demokratie werden die Abstimmungskämpfe von Parteien, Verbänden und Organisationen, und nicht mit Steuermillionen durch Bundesräte und durch die Verwaltung geführt. Wir wollen keine gelenkte, sondern eine direkte Demokratie.